

Allgemeine Vertragsbedingungen (AVB)

Stand: 17.06.2026



01.00. Anwendungsbereich

Bei Beauftragung von Bauleistungen - auch bei Neuausträgen im Rahmen desselben Objektes - gelten die nachstehenden Bedingungen für das Vertragsverhältnis des Bayerischen Rundfunks, im weiteren Auftraggeber (AG) genannt, und dem beauftragten Unternehmen, im weiteren Auftragnehmer (AN) genannt. Der AN hat diese seinem Angebot zugrunde zu legen.

02.00. Vertragsbestandteile

- 02.01. Es wird die VOB/B in der bei Vertragsschluss gültigen Fassung vereinbart.
- 02.02. Vertragsbedingungen oder Allgemeine Geschäftsbedingungen des AN finden keine Anwendung.

03.00. Auszuführende Leistungen

- 03.01. Der AN ist verpflichtet, ein Bautagebuch zu führen.
- 03.02. Der AN ist verpflichtet, an den Baustellenbesprechungen des AG, die turnusmäßig oder auf besondere Einladung stattfinden, teilzunehmen.
- 03.03. Der AN ist verpflichtet, für sein Gewerk eine Fachkraft für Arbeitssicherheit zu stellen.
- 03.04. Der AN ist verpflichtet, bei der Ausführung von Baumaßnahmen die tarifvertraglichen und öffentlich-rechtlichen Bestimmungen einzuhalten; dies schließt die Einhaltung der Mindestentgelt-Regelung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) bei der Ausführung von Bauleistungen mit ein.
- 03.05. Zu dem mit den vereinbarten Preisen abgegoltenen Leistungsumfang gehören insbesondere auch,
 - a) die tägliche Reinigung sowie die Schlussreinigung des Arbeitsbereiches des AN,
 - b) das Einrichten, Vorhalten und Räumen von Baustelleneinrichtungen, sofern im Leistungsverzeichnis dafür keine gesonderte Position vorgesehen ist,
 - c) die Übergabe vollständiger technischer Dokumentationen (Bestandspläne, Schaltbilder, Revisionsunterlagen) und Bedienungsanweisungen für technische Geräte und Anlagen sowie die Einweisung in die Bedienung und Wartung und die Durchführung eines Probetriebes. Der AN hat dem AG die kompletten Revisionsunterlagen zu übergeben.

04.00. Ausführungsunterlagen

- 04.01. Der AN hat von ihm zu liefernde Ausführungs-, Werkpläne und sonstige Genehmigungsunterlagen in eigener Verantwortung gemäß der CAD-Richtlinie des AG rechtzeitig herzustellen und dem AG zur Genehmigung vorzulegen.
- 04.02. Sofern der AN Bestandszeichnungen, Schaltbilder oder ähnliche Plandokumente für die vertragliche Leistung zu erstellen hat, übergibt er diese dem AG als CAD-Pläne im Format DWG oder DXF sowie als PDF entsprechend der CAD-Richtlinie des AG in Abstimmung mit der Bauüberwachung bzw. dem Baumanagement des AG. Die Ausführungszeichnungen des AG werden dem AN als CAD-Pläne digital übermittelt.
- 04.03. Der AN hat rechtzeitig vor Aufnahme der Arbeiten, spätestens aber 12 Werktage nach Auftragserteilung, den Baustelleneinrichtungsplan vorzulegen. Beabsichtigt der AN, von den Festlegungen dieses Plans abzuweichen, hat er vor Aufnahme der Arbeiten die Zustimmung des AG zu beantragen.

05.00. Vergütung

- 05.01. Lohn- und Stoffpreisgleitklauseln finden nur dann Anwendung, wenn dies ausdrücklich vereinbart ist.
- 05.02. Die Preisermittlung (Urkalkulation) oder eine vom AN beglaubigte Ablichtung hiervon ist auf Aufforderung des AG innerhalb von 12 Werktagen beim AG in einem verschlossenen Umschlag zu hinterlegen. Die Einsichtnahme erfolgt erst nach Benachrichtigung des AN, der dabei anwesend sein kann. Die Preisermittlung wird durch die Hinterlegung nicht zum Erklärungsinhalt des Angebots. Die Preisermittlung wird dem AN nach der vorbehaltlosen Annahme der Schlusszahlung zurückgegeben.
- 05.03. Der AN ist verpflichtet, Überzahlungen auf Aufforderung binnen acht Tagen zurückzuerstatten. Der AN kann sich nicht auf den Wegfall der Bereicherung berufen.

06.00. Vergütung von Regieleistungen

- 06.01. Stoffe und Materialien, die bei der Ausführung von Regieleistungen erforderlich sind, für die keine Verrechnungssätze vereinbart sind, werden mit dem nachgewiesenen Nettoeinkaufspreis zzgl. eines Zuschlags von 15 % vergütet. Wird auf den Nachweis des Nettoeinkaufspreises verzichtet, wird stattdessen die Preisliste einschlägiger Händler unter Abzug eines Firmenrabattes in Höhe von 10% zugrunde gelegt.

07.00. Vertretung des Auftraggebers

- 07.01. Die vom AG beauftragten Hilfspersonen, insbesondere Architekten, Bauüberwachende und Sonderfachleute, sind nicht zur rechtsgeschäftlichen Vertretung des AG, namentlich nicht zur Vertragsänderung, Beauftragung von Zusatzleistungen und Stundenlohnarbeiten berechtigt. Diese Befugnisse verbleiben beim AG, vertreten durch seine bevollmächtigten Mitarbeiter.

08.00. Vertretung des Auftragnehmers

- 08.01. Der AN hat dem AG unverzüglich nach Auftragserteilung schriftlich einen bevollmächtigten Vertreter zu benennen. Dieser ist berechtigt, alle Erklärungen mit Wirkung für den AN abzugeben und entgegenzunehmen.

09.00. Nachunternehmer

- 09.01. Der AN tritt sämtliche Mängelansprüche, die dem AN im Zusammenhang mit dem vorliegenden Bauvorhaben gegenüber seinen Nachunternehmern bzw. Planern zustehen sowie seine Ansprüche, die ihm im Zusammenhang mit dem vorliegenden Bauvorhaben gegen die Haftpflichtversicherungen / Bauleistungsversicherungen zustehen, aufschiebend bedingt an den AG ab, und zwar für den Fall, dass der AN Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens stellt, dass das Insolvenzverfahren eröffnet worden ist oder dessen Eröffnung mangels Masse abgelehnt wird.

10.00. Fristen und Termine

- 10.01. Die im Vertrag, den Vertragsunterlagen oder sonstigen Vereinbarungen enthaltenen Fristen sind Vertragsfristen im Sinne des § 5 Abs. 1 VOB/B. Die Arbeiten sind bis spätestens zum dort festgelegten Fertigstellungstermin fertig zu stellen.
- 10.02. Die für die Einhaltung der Vertragsfristen maßgeblichen Arbeitsabläufe sind in einem Bauzeitenplan darzustellen, anhand dessen die Einhaltung der Vertragsfristen nachgewiesen und überwacht werden. Festlegungen des AG, z.B. zur baufachlichen und terminlichen Koordinierung mit den übrigen Leistungsbereichen, sind zu berücksichtigen. Bei Änderungen der Vertragsfristen oder bei erheblichen Abweichungen aus anderen Gründen ist der Bauzeitenplan zu überarbeiten. Der Bauzeitenplan ist dem AG nach Aufforderung binnen 12 Werktagen vorzulegen.

11.00. Vertragsstrafe

- 11.01. Im Falle des Verzuges hat der AN für jeden Werktag der Überschreitung des unter Vertragsstrafe gestellten Termins 0,2% der Abrechnungssumme (tatsächlich zu zahlende Vergütung für erbrachte Leistungen ohne bauzeitliche Nachträge; ohne Umsatzsteuer) als Vertragsstrafe zu bezahlen, jedoch höchstens 5% der Abrechnungssumme. Der unter Vertragsstrafe gestellte Termin ist der Fertigstellungstermin, wenn nicht stattdessen ausdrücklich ein anderer Termin unter Vertragsstrafe gestellt wurde. Bei der Überschreitung von als Vertragsfrist vereinbarten Einzelfristen ist die Vertragsstrafe auf höchstens 5% des Teils der Abrechnungssumme begrenzt, der den bis zu diesem Zeitpunkt vertraglich zu erbringenden Leistungen entspricht. Verwirkte Vertragsstrafen für den Verzug wegen Nichteinhaltung als Vertragsfrist vereinbarter Einzelfristen werden auf eine durch den Verzug wegen Nichteinhaltung der Frist für die Vollerfüllung der Leistung verwirkte Vertragsstrafe angerechnet.
- 11.02. Über die Vertragsstrafe hinausgehende Schadensersatzansprüche des AG bleiben unberührt.

12.00. Sicherheitsleistung

- 12.01. Zur Sicherung der Erfüllung aller sich aus diesem Vertrag ergebenden Verpflichtungen des AN einschließlich Schadensersatz sowie Erstattung von Überzahlungen einschließlich Zinsen ist der AG berechtigt, einen Teilbetrag in Höhe von höchstens 10% von jeder Abschlagszahlung bis zu höchstens 5% der im Vertrag vereinbarten Auftragssumme (inkl. Umsatzsteuer, ohne Nachträge) einzubehalten.

Der AN kann den Bareinbehalt durch eine Bürgschaft gemäß Ziff. 12.03. ablösen.

- 12.02. Zur Absicherung der Mängelansprüche des AG hat der AN eine Sicherheit in Höhe von 2 % der Abrechnungssumme (tatsächlich zu zahlende Vergütung für erbrachte Leistungen ohne bauzeitliche Nachträge; ohne Umsatzsteuer) zu stellen. Die Rückgabe der Sicherheit erfolgt nach Ablauf der vereinbarten Verjährungsfrist für Mängelansprüche. Soweit zu diesem Zeitpunkt berechtigt geltend gemachte, von der Sicherheit erfasste Ansprüche noch nicht erfüllt sind, darf der AG einen entsprechenden Teil der Sicherheit zurückhalten.

Die Sicherheitsleistung erfolgt durch einen Einbehalt von der Schlussrechnung. Der AN kann den Bareinbehalt durch eine Bürgschaft gemäß Ziff. 12.03. ablösen.

- 12.03. Für die Sicherheitsleistung durch Gestellung einer selbstschuldnerischen, unbedingten, unbefristeten und unwiderruflichen Bürgschaft ist das Bürgschaftsmuster des AG zu verwenden. Der Bürge kann sich nicht durch Hinterlegung befreien. Die Bürgschaft ist in der Weise zu übernehmen, dass die Bürgschaftsverpflichtung nicht vor Ablauf der Verjährungsfrist für die gesicherten Ansprüche verjährt. Die Kosten der Bürgschaft trägt der AN.

13.00. Abnahme, Mängelhaftung (Gewährleistung)

- 13.01. Wegen wesentlicher Mängel kann die Abnahme bis zur Beseitigung verweigert werden. Die Abnahme kann auch verweigert werden, wenn vom AN geschuldete wesentliche Dokumentationen, Bestandspläne, Schaltbilder oder Bedienungsanleitungen nicht übergeben worden sind.
- 13.02. Die Verjährungsfrist für Mängelansprüche (Gewährleistungsfrist) beträgt fünf Jahre.
- 13.03. Diese Gewährleistungsfrist gilt auch für Teile von maschinellen und elektrotechnischen/elektronischen Anlagen, bei denen die Wartung Einfluss auf die Sicherheit und Funktionsfähigkeit hat. Wird der AN nicht mit der Wartung beauftragt, beträgt die Gewährleistungsfrist für diese Teile zwei Jahre.
- 13.04. Soweit Pflanzleistungen Gegenstand des Bauvertrags sind, beträgt die Verjährungsfrist für Mängelansprüche zwei Jahre.

14.00. Zahlung

- 14.01. Jede Abschlagsrechnung muss alle Positionen der vorangegangenen Rechnungen enthalten.
- 14.02. Der AN wird dem AG eine Freistellungserklärung des zuständigen Finanzamts nach § 48 b EStG vorlegen; andernfalls muss er das für ihn zuständige Finanzamt und seine Steuernummer mitteilen, damit der AG die Bauabzugssteuer einbehalten und abführen kann. Der AN ist verpflichtet, dem AG jede vom zuständigen Finanzamt vorgenommene Änderung in Bezug auf eine von ihm vorgelegte Freistellungsbescheinigung nach § 48 b EStG unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

15.00. Versicherungen

- 15.01. Der AN verpflichtet sich, eine ausreichende Betriebs-Haftpflichtversicherung für Personen-, Sach- und Vermögensschäden bei einem in Deutschland zugelassenen Haftpflichtversicherer abzuschließen und für die Dauer der gesamten Bauzeit aufrechtzuerhalten. Der AN hat auf Verlangen des AG Nachweis über den Versicherungsabschluss und die Prämienzahlung zu führen.
- 15.02. Die Regelungen Ziff. 15.01 findet nur Anwendung, soweit keine andere bauvorhabenspezifische Regelung vereinbart wurde.

16.00. Sonstiges

- 16.01. Der AN stellt den AG von etwaigen Ansprüchen aufgrund der Bestimmungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) frei.
- 16.02. Firmenschilder darf der AN nur im Einverständnis mit dem AG nach dessen Angaben anbringen.
- 16.03. Veröffentlichungen über die Bauleistungen sind nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des AG zulässig.

17.00. Teilnichtigkeit, Gerichtsstand

- 17.01. Ist oder wird eine Bestimmung des Vertrages unwirksam, so wird die Wirksamkeit des übrigen Vertrages hierdurch nicht berührt. Die Vertragspartner verpflichten sich, die unwirksame Bestimmung durch eine Regelung zu ersetzen, die dem wirtschaftlichen Zweck der unwirksamen Bestimmung möglichst nahekommt.
- 17.02. Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist der Sitz des AG, München.